



Reader

Berichte der AfB-Landesverbände und Bezirke
zum Bundesausschuss am 25.-26.11.2016

Landesbericht für den AfB Bundesausschuss

Bitte gebt uns in Stichworten bis zum **14.11.2016** einen kurzen Überblick zu den folgenden Themenbereichen aus Eurem Land und sendet ihn an Volker Edeling (volker.edeling@spd.de). Alle Berichte werden den Bundesausschussmitgliedern vorab zugeschickt, damit sie sich einlesen und ggf. Fragen vorbereiten können. Bitte stellt beim Bundesausschuss nur Aktualisierungen vor und beantwortet die Nachfragen.

Datum: 14.11.16

Bundesland / Bezirk: BW

AfB Landesvorsitz (Gerhard Kleinböck

Berichterstattung durch (N. Theobald

1. Aktuelle Themen, Arbeit und Entwicklungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Aufarbeitung der Wahlniederlage
 - keine Entwicklung
 -

2. Veranstaltungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk (Berichte/Planungen):
 - keine
 -
 -

3. Zusammenarbeit in der Bildungspolitik, z.B. mit Partei, Fraktionen, Ministerien etc. in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - keine
 -
 -

4. Aktuelle Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:

-Die Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs sind schlecht für unser Land und können uns nicht zufrieden stellen. Insbesondere für Deutsch müssen wir eine ungünstige Entwicklung feststellen, was die Bereiche Lesen und Zuhören betrifft. Die Gymnasien stehen zwar noch am besten da, aber auch hier haben wir Verschlechterungen im Spitzenbereich. Mit den Ergebnissen der IQB-Studie 2015 diskutieren wir über Auswirkungen, die im Wesentlichen auf schwarz-gelben Entscheidungen beruhen. Inwiefern es den roten und grünen Reformen gelungen ist, an dieser Stelle erfolgreich entgegenzuwirken, kann mit den heutigen Ergebnissen noch nicht gesagt werden.

-
-

5. Geplante Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:

-Kooperationsverbot
-Frühkindliche Bildung

-

6. Gibt es zurzeit bildungspolitische Problemstellungen in der öffentlichen Diskussion (z.B. Bürgerbegehren, Kampagnen anderer Parteien oder Organisationen etc.)?

-Grundschulempfehlung in Schulen sollen wieder vorgelegt werden.
- in Realschulen soll eine äußere Differenzierung stattfinden die wieder in Haupt- und Realschüler unterscheidet.
-weniger Lehrer werden eingestellt

-
-

Landesbericht für den AfB Bundesausschuss

Bitte gebt uns in Stichworten bis zum **14.11.2016** einen kurzen Überblick zu den folgenden Themenbereichen aus Eurem Land und sendet ihn an Volker Edeling (volker.edeling@spd.de). Alle Berichte werden den Bundesausschussmitgliedern vorab zugeschickt, damit sie sich einlesen und ggf. Fragen vorbereiten können. Bitte stellt beim Bundesausschuss nur Aktualisierungen vor und beantwortet die Nachfragen.

Datum: 22.11.2016

Bundesland / Bezirk: **B A Y E R N**

AfB Landesvorsitz (Name & Telefon): MARION C. WINTER

Berichterstattung durch (Name & Telefon): HERBERT LOHMEYER, 0172 / 328 06 21
stv. Landesvorsitzender

1. Aktuelle Themen, Arbeit und Entwicklungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk:

- wir erarbeiten derzeit ein Bildungswahlprogramm zur Landtagswahl im September 2018 (dann als Antrag zum Landesparteitag)
- immer noch G8/G9
- Inklusion und Integration (auch von Flüchtlingen und Asylbewerbern)
- Gemeinschaftsschule

2. Veranstaltungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk (Berichte/Planungen):

- zusammen mit den Bezirks-AfBs diverse Veranstaltungen, u. a.
 - >> „Vom Klassenzimmer zur Lernlandschaft“
 - >> „Demokratische Hochschule – verfasste Studierendenschaft“
-

3. Zusammenarbeit in der Bildungspolitik, z.B. mit Partei, Fraktionen, Ministerien etc. in Eurem Bundesland/Bezirk:

- Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion klappt gut, Bildungspolitiker der Fraktion haben auch an der AfB-LaVo-Klausur teilgenommen
-
-

4. Aktuelle Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:

- a) Dauerthema G8/G9: hier hat die bayerische Staatsregierung immer neue Ideen, die nicht ausgereift sind, die nicht umsetzbar sind und die auf Kritik bei allen anderen Beteiligten stoßen (Direktorenvereinigung, bpV, BLLV und Sachaufwandsträger
- b) SPD-Landtagsfraktion hat ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das beweist, dass das verbindliche Übertrittszeugnis in der 4. Jahrgangsstufe verfassungswidrig ist (verstößt gegen das Grundgesetz)
Problem: die Landtagsfraktionen dürfen nur vor dem bayerischen Verfassungsgerichtshof klagen, nicht vor dem Bundesverfassungsgericht.
LTF sucht nun klagewillige Eltern, die dann vor dem BVerfG die Musterklage führen.
- c) Dauerthema Ganztags: die bayerische Staatsregierung tut hier aus ideologischen Gründen fast nichts; so heißt es z. B. alle genehmigungsfähigen Anträge auf gebundenen Ganztags würden genehmigt. Wenn dies aber zu einer Klassenmehrung führt, wird es abgelehnt als nicht genehmigungsfähig.
- d) Beim Thema Gemeinschaftsschule treten wir auf der Stelle, weil die Staatsregierung aus rein ideologischen Gründen bis dato keine Gemeinschaftsschulen zulässt

5. Geplante Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:

- als AfB drängen wir die BayernSPD und die Landtagsfraktion im neuen Jahr eine neue bayernweite Kampagne zur Gemeinschaftsschule aufzulegen;
- siehe unter 4. b)
- als AfB erarbeiten wir derzeit auf der Basis des Bundespapiers ein Konzept zur frühkindlichen Bildung in Bayern

6. Gibt es zurzeit bildungspolitische Problemstellungen in der öffentlichen Diskussion (z.B. Bürgerbegehren, Kampagnen anderer Parteien oder Organisationen etc.)?

- G8/G9, weil Konzept der Staatsregierung nicht umsetzbar (siehe auch 4 a)
- von anderen Parteien u. Organisationen gibt es derzeit keine Kampagnen, etc.
-

Landesbericht für den AfB Bundesausschuss

Bitte gebt uns in Stichworten bis zum **14.11.2016** einen kurzen Überblick zu den folgenden Themenbereichen aus Eurem Land und sendet ihn an Volker Edeling (volker.edeling@spd.de). Alle Berichte werden den Bundesausschussmitgliedern vorab zugeschickt, damit sie sich einlesen und ggf. Fragen vorbereiten können. Bitte stellt beim Bundesausschuss nur Aktualisierungen vor und beantwortet die Nachfragen.

Datum:14.11.2016

Bundesland / Bezirk: Berlin

AfB Landesvorsitz (Name & Telefon): Monika Buttgerit, 0173 6445722

Berichterstattung durch (Name & Telefon): s.o.

1. Aktuelle Themen, Arbeit und Entwicklungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Auswertung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Schwerpunktsetzung für die Koalitionsverhandlungen
 - inklusive Schulen
 - Schulen in sozialen Brennpunkten, insbesondere Grundschulen

2. Veranstaltungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk (Berichte/Planungen):
 - Die letzten Monate waren geprägt durch den Wahlkampf und die Diskussionen um das Wahlprogramm.
 -
 -

3. Zusammenarbeit in der Bildungspolitik, z.B. mit Partei, Fraktionen, Ministerien etc. in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Es gibt einen gemeinsamen Arbeitskreis mit der Fraktion im Abgeordnetenhaus, der 14-täglich tagt. Themen sind vor allem parlamentarische Initiativen.
 - Der Staatssekretär Bildung nimmt regelmäßig an unserer Steuerungsgruppe teil.
 -

4. Aktuelle Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Versorgung der Schulen mit Lehrkräften, insbesondere Grundschulen
 - Schulneubau und Schulbausanierung
 - Inklusion

5. Geplante Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Ausbau der Gemeinschaftsschule als Schule für alle von Klasse 1 – Klasse 13
 - Unterstützung von Schulen in sozialen Brennpunkten
 - Ausbau inklusiver Schulen

6. Gibt es zurzeit bildungspolitische Problemstellungen in der öffentlichen Diskussion (z.B. Bürgerbegehren, Kampagnen anderer Parteien oder Organisationen etc.)?
 -
 -
 -

Landesbericht für den AfB Bundesausschuss

Bitte gebt uns in Stichworten bis zum **14.11.2016** einen kurzen Überblick zu den folgenden Themenbereichen aus Eurem Land und sendet ihn an Volker Edeling (volker.edeling@spd.de). Alle Berichte werden den Bundesausschussmitgliedern vorab zugeschickt, damit sie sich einlesen und ggf. Fragen vorbereiten können. Bitte stellt beim Bundesausschuss nur Aktualisierungen vor und beantwortet die Nachfragen.

Datum: 23.11.2016

Bundesland / Bezirk: Brandenburg

AfB Landesvorsitz (Name & Telefon): Manja Schüle

Berichterstattung durch (Name & Telefon):

1. Aktuelle Themen, Arbeit und Entwicklungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk:

Frühkindliche Bildung / Schule – Antrag der AfB – in unveränderter Fassung auf dem, landesparteitag im Oktober 2016 angenommen und in die HH-Beratungen des Parlaments aufgenommen (siehe nachfolgend Fraktions-Beschluss)

Brandenburg – Unser Plan für Bildung

Präambel

Brandenburgische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen seit 26 Jahren für Chancengerechtigkeit. Unser Anspruch ist es, allen Mädchen und Jungen den gleichen Zugang zu unseren Bildungseinrichtungen zu eröffnen, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern, in welchem Landesteil sie aufwachsen und ob sie einen besonderen Förderbedarf, ein besonderes Talent haben oder nicht.

Wir wissen, dass Vielfalt und Unterschiedlichkeit unsere Stärke sind. Das Fundament für ein selbstbestimmtes Leben und eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe ist Bildung. Unsere Herausforderung liegt darin, dieses Fundament für die Zukunft weiter auszubauen. Das Fundament wird getragen von den drei Säulen: Bildungsgerechtigkeit, Bildungsqualität und Bildungsinvestitionen.

Kitas und Schulen sind längst mehr als nur Lernorte. Sie sind mehr denn je Orte sozialer Integration. Unser brandenburgisches Bildungswesen fördert, unterstützt und begleitet. Unser Anspruch ist es, kein Kind zurückzulassen. Unser Bildungsverständnis ist modern. Dazu zählt auch, dass der Umgang mit modernen Medien auch in der frühkindlichen Lebensphase Bestandteil der Erziehungsarbeit sein muss. Bei uns sind Kooperationen mit außerschulischen Partnern, von der Kommune bis zum Verein, längst Normalität. Uns verbindet die gemeinsame Verantwortung für unsere Zukunft, unsere Kinder.

Alle Kinder und ihre Bildungschancen müssen im Mittelpunkt einer gerechten finan-

ziellen Förderung stehen. Darauf haben die Kinder und deren Eltern ein Recht. Denn eine fortschrittliche Bildungspolitik löst auch unser Versprechen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.

Das Betreuungsgeld ist abgeschafft. Es waren auch brandenburgische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die dafür gekämpft haben, die Kitas auf eine solide finanzielle Basis zu stellen und nicht dafür Geld auszugeben, die Kinder von der Kita und die Mütter und Väter vom Beruf fernzuhalten. Jetzt stehen wir im Wort, das Geld vom Bund auch unseren Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Wir werden Wort halten.

Bildungsgerechtigkeit – Das Beste für die Zukunft unserer Kinder

1. Frühkindliche Bildung

Mehr als 163.000 Kinder besuchen in unserem Land Kindertagesstätten und Horte. Dort werden sie frühzeitig und wirkungsvoll von 17.000 Erzieherinnen und Erziehern gefördert. Für die individuelle Förderung eines jeden Kindes braucht es Zeit. Dafür werden bis zum Jahr 2018 insgesamt 1500 Erzieherinnen und Erzieher zusätzlich mit den Kindern arbeiten.

Bereits heute besuchen über 57 Prozent unserer unter 3-Jährigen eine Kindertagesstätte. Bis zum Schuleintritt spielen und lernen 98 Prozent der Brandenburger Kinder zusammen in unseren brandenburgischen Einrichtungen. Damit stehen wir bundesweit an der Spitze und beweisen, dass wir es ernst meinen mit dem gleichberechtigten Zugang zu Bildung.

Die Höhe der Elternbeiträge für Kindertagesbetreuung obliegt nicht dem Land, sondern dem Träger der Kita im Einvernehmen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Das führt zu einem brandenburgischen Flickenteppich der Kitabeiträge. Wir dürfen die Beitragsgerechtigkeit nicht aus dem Blick verlieren. In Gesprächen, insbesondere der „AG 17“, sollte deshalb eine weitgehende Angleichung erreicht werden. Das Mindeste ist die Verständigung über landesweite Standards mit empfehlendem Charakter. Dazu brauchen wir dringend unsere kommunalen Partnerinnen und Partner. Die SGK ist in diesem Prozess eine gute Unterstützung. Wir werden vor allem Familien mit mehreren Kindern und sozial benachteiligte Familien nicht alleine lassen.

Wir fordern den Bund auf, durch eine Regelfinanzierung die generelle Beitragsfreiheit für Kindertageseinrichtungen abzusichern. Er steht mit seinen Bund-Länder-Vereinbarungen in der Pflicht, beim Thema Beitragsfreiheit Flagge zu zeigen. Es handelt sich dabei um eine nationale Bildungsaufgabe.

Parallel zur Aufforderung an den Bund werden die brandenburgischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Debatte über den Einstieg in die Beitragsfreiheit führen. Wir wollen ein Modell entwickeln, das die Familien entlastet und die Bildungsinstitution Kita stärkt.

Dazu wird der Landesvorstand noch 2016 unter Berücksichtigung von Unterbezirken, Gremien und Fachleuten eine Arbeitsgruppe einberufen. Die Arbeitsgruppe wird ein Stufenkonzept für den Einstieg in die Beitragsfreiheit und die weitere Verbesserung der Betreuungsqualität erarbeiten. Die Ergebnisse werden unter Einbeziehung der dann vorliegenden möglichen Maßnahmen des Bundes dem Landesparteitag 2017 vorgelegt.

2. Schulische Bildung

In Brandenburg besteht eine Schulstruktur, die sich in den letzten Jahren etabliert hat und Durchlässigkeit wahrt. Hier seien exemplarisch Kleine Grundschulen, flexible Eingangsstufen, Ganztagsangebote, Oberstufenzentren, die das Abitur anbieten, und eine sehr gute Schüler-Lehrerrelation genannt.

In Brandenburg gibt es derzeit 36 Schulzentren. Das sind Zusammenschlüsse von

Grundschulen mit Ober- oder Gesamtschulen. In diesen Schulzentren können Schülerinnen und Schüler bis zur 10. oder auch bis zur 13. Klasse gemeinsam lernen, ohne die Schule wechseln zu müssen. Wir wollen diese Strukturen in den nächsten Jahren stärken, wenn die Schulkonferenzen und Träger der Schulen dies wünschen. Dafür sollen die Schulzentren eine bessere Ausstattung mit Lehrkräften erhalten, für notwendige bauliche Veränderungen wird es Zuschüsse vom Land geben.

Aber auch das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Förder- und Unterstützungsbedarf ist ein prioritäres sozialdemokratisches Ziel und wird ausgebaut. Nach dem erfolgreichen Modellprojekt mit den Ping-Schulen sollen in den nächsten 6 Jahren alle brandenburgischen Grund-, Ober- und Gesamtschulen eine bessere Ausstattung von 4 Lehrerwochenstunden für 6 Prozent ihrer Schülerinnen und Schüler erhalten. Für eine Schule mit 300 Schülerinnen und Schülern heißt das dann mindestens 3 Lehrkräfte zusätzlich.

Damit lösen wir den Anspruch auf den gerechten Zugang zu allen Bildungsgängen ein. Unser Anspruch bleibt es, möglichst allen Schülerinnen und Schülern einen qualifizierten Abschluss zu ermöglichen.

Zusammen mit unserer umfassenden Berufsorientierung machen wir unsere jungen Brandenburgerinnen und Brandenburger fit für den Arbeitsmarkt. Allein für unser Programm „Übergang Schule-Beruf“ stellen wir bis 2020 mehr als 38 Millionen Euro zur Verfügung. Zusammen mit unserem neuen Projekt „Türöffner: Zukunft Beruf“ bieten wir Schülerinnen und Schülern, aber auch Auszubildenden eine frühzeitige Orientierung und Hilfe für ihren künftigen Beruf. Auch für dieses Programm stehen bis 2020 mehr als 16 Millionen Euro zur Verfügung.

Wir lassen unsere Schülerinnen und Schüler auch finanziell nicht allein. Deshalb halten wir an unserem Schüler-BaföG für alle, die eine weiterführende Schule besuchen wollen, fest. Der Schulsozialfonds wird auch künftig schnell und unbürokratisch helfen, wenn es um Schulfahrten, Sportsachen oder Schulmaterialien geht.

Wir fordern den Bund auf, das Schüler-BaföG wieder bundesweit einzuführen.

Bildungsqualität – Auf den Inhalt kommt es an

1. Frühkindliche Bildung

Gute Qualität in unseren Kitas hängt unmittelbar mit der Personalausstattung zusammen. Seit 2010 haben wir den Personalschlüssel kontinuierlich verbessert. Heute betreut eine Fachkraft bei den unter 3-Jährigen durchschnittlich 5 Kinder. Bei den 3- bis 6-Jährigen liegt das Betreuungsverhältnis derzeit bei 1:12 und wird ebenfalls ab 2017 auf 1:11,5 gesenkt und 2018 auf 1:11. Das ist ein Quantensprung, dafür wird das Land ab 2018 jährlich 387 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Sprache öffnet Türen und trägt maßgeblich zum Bildungserfolg bei. Deshalb werden wir unser Sprachförderprogramm in den Kitas weiter qualifizieren. Darüber hinaus können wir bereits heute über 200 Kitas in unserem Land mit dem Bundesprogramm „Schwerpunktkitas Sprache und Integration“ unterstützen. Dieses Programm werden wir ausbauen und die Mittel noch zielgerichteter einsetzen. Der Schlüssel zum Abbau sozialer Ungleichheiten liegt in der frühen Förderung der Kinder. Deshalb werden wir Kitas in Sozialräumen, die beispielsweise viele Kinder mit hohem Förderbedarf betreuen und viele geflüchtete Kinder aufgenommen haben, zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

In unserem Land arbeiten viele Menschen im Schichtbetrieb oder erziehen ihre Kinder allein. Sie stehen bei der Kinderbetreuung häufig vor besonderen Schwierigkeiten und brauchen Unterstützung. Eine moderne Familienpolitik muss auch dafür Antworten bei der Betreuungsinfrastruktur geben. Das Betreuungssystem muss für die Abendstunden und Nächte flexibel gestaltet werden.

Die Kitaleitung hat eine Schlüsselrolle bei der Qualitätsentwicklung. Um die organisa-

torische und inhaltliche Aufgabenvielfalt meistern zu können und die Kitas weiterzuentwickeln, brauchen unsere Kitaleiterinnen und unsere Kitaleiter Zeit, beispielsweise für Elterngespräche, Teambesprechungen, Fortbildungen oder schlicht für das Erstellen der Dienstpläne. Deshalb werden wir mit unserem Programm „Qualitätsentwicklung: Mehr Zeit für Leitung“ noch in der laufenden Legislatur zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen, und zwar unabhängig der Kitagröße. Das verbessert die Qualität der Kita und die Betreuungssituation.

Ebenso beruht die Qualitätsentwicklung maßgeblich auf gut ausgebildeten Fachkräften. Hier müssen wir unsere Ausbildungs- und Studienkapazitäten ausbauen. In einer zunehmend medialisierten Gesellschaft gehören Medienbildung und Mediendidaktik bereits hier in die pädagogischen Ausbildungen.

2. Schulische Bildung

Wir werden bis zum Ende der Legislatur mehr als 5.500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt haben, so viel wie noch nie in der Geschichte Brandenburgs. Sie ersetzen zum einen die älteren, ausscheidenden Lehrkräfte und werden mit frischem Elan in brandenburgischen Klassenzimmern unterrichten. Wir verbessern mit den neuen Lehrkräften zum anderen auch die Schüler-Lehrer-Relation von 15,4:1 auf 14,4:1. Für das gemeinsame, inklusive Lernen werden wir über 600 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich einstellen.

Auch Quereinsteiger haben bei uns eine Chance, ihnen bieten wir eine berufsbegleitende Ausbildung an. Mit der Erhöhung des Vertretungsbudgets konnten wir den Unterricht auch in Zeiten von Lehrererkrankungen in großem Umfang absichern. Kein Kind verlässt die Schule ohne ein vollständiges Zeugnis. Auch das meint verlässliche Schule.

Gut ausgebildete Lehrkräfte sind für Schülerinnen und Schüler Ansprechpartner zur Lösung schulischer Probleme. Schule als Lebensort verlangt aber mehr – deshalb brauchen wir verstärkt Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter und multiprofessionelle Teams, um unsere Schülerinnen und Schüler auch bei der Lösung von nicht-schulischen Problemen zu unterstützen. Wir halten Wort, denn seit diesem Jahr arbeiten bereits zusätzlich 100 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an unseren Schulen. Hier steht der Bund im Wort, weitere Schulsozialarbeiter durch Bundesmittel in den Kommunen zu finanzieren. Wir stehen dazu, dass wir das Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bereich der Schulpolitik aufheben wollen.

Bildungsinvestitionen – Bildungsland Brandenburg zukunftsfest machen

1. Frühkindliche Bildung

Mit dem Geld aus dem Betreuungsgeld des Bundes werden wir ab 2017 ein Modernisierungs- und Sanierungsprogramm für Kitas und Horte auflegen. Die Investitionen sollen in die Barrierefreiheit, bauliche Sanierung und Modernisierung unserer Einrichtungen fließen.

2. Schulische Bildung

Bis 2019 werden insgesamt 80 Millionen Euro des Landes in die kommunale Bildungsinfrastruktur investiert, und zwar für Schulzentren oder die Stärkung des gemeinsamen Unterrichts. Der Bund muss eine nationale Bildungsallianz schmieden und die Länder und Kommunen mit einem Schulerneuerungs- und Modernisierungsprogramm und einem weiteren Ganztagsschulprogramm unterstützen. Insbesondere müssen die Bildungseinrichtungen mit einer Breitbandanbindung versorgt werden.

Beschluss der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg

„Kinderfreundliche Politik ist Politik für soziale Gerechtigkeit auch in der Zukunft. Die Koalitionsfraktionen gehen in die bevorstehende Haushaltsdebatte mit einem Etat-Entwurf für 2017/18, der diesem Anspruch in umfassender Weise gerecht wird und den bereits eingeschlagenen Kurs in der Bildung mit noch mehr Nachdruck fortsetzt:

- Mit dem Doppelhaushalt werden wir die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung auf mehr als das Zweieinhalbfache des Standes von 2009 anheben. Im Koalitionsvertrag vereinbart und zum Teil bereits umgesetzt sind die Verbesserungen des Personalschlüssels auf 1:5 für Kinder bis zu drei Jahren und auf 1:11 für die 3- bis 6-Jährigen. Der Aufwuchs bei den Mitteln für Kitas, der sich auch nach 2018 fortsetzen soll, wird vor allem vom Land gestemmt. Die vom Bund übertragenen Mittel für das Betreuungsgeld decken einen Teil der Aufwendungen ab.
- Zugleich statten wir die Schulen im Land personell weiterhin besser aus. Wir werden im Schuljahr 2018/19 rund 830 Lehrer mehr im Schuldienst haben als derzeit, während die Schülerzahlen nur vorübergehend leicht ansteigen.
- Auch die Ausgaben für die Hochschulen wachsen überproportional auf etwa das Anderthalbfache des Standes von 2009.

Die Fraktionen von SPD und DIE LINKE wollen die finanziellen Spielräume nutzen, um die zur Verfügung stehenden Mittel für die Entwicklung und die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs zu verwenden. Wir investieren in die Köpfe – und fangen bei den Kleinsten an. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen vereinbart, weitere Verbesserungen vorzunehmen.

Unser Kita-Paket, das wir in die Haushaltsberatungen einbringen, umfasst folgende Punkte:

- Vom Kita-Jahr 2017/18 an stärken wir Kiez-Kitas, die besonderen Personalbedarf haben, mit jährlich zusätzlich 5 Millionen Euro.
- Auch die Kita-LeiterInnen erhalten ab diesem Zeitpunkt mehr Zeit für Bildungskonzepte und Elterngespräche durch Freistellungen, die jährlich 8 Millionen Euro für zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher kosten.
- Ab dem Kita-Jahr 2018/19 sollen erstmalig und in einem ersten Schritt Eltern von Kitagebühren in einem Volumen von 15 Millionen Euro jährlich entlastet werden.
- In das Kommunale Investitionsprogramm wird ein weiterer Schwerpunkt in Höhe von 10 Millionen Euro jährlich für die Sanierung und Modernisierung sowie zur Unterstützung des Aus- oder Neubaus von Kitas aufgenommen, beginnend ab Januar 2018.

Mit diesen zusätzlichen Maßnahmen stärken wir noch einmal die Qualität der frühkindlichen Bildung und sorgen zugleich für mehr soziale Gerechtigkeit im Kita-Bereich. Jeder Mensch in Brandenburg soll die bestmöglichen Chancen haben, seine Zukunft und die unseres Landes zu gestalten – von Anfang an.“

2. Veranstaltungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk (Berichte/Planungen):

- Arbeitsgruppe frühkindliche Bildung zur Umsetzung des Landesparteitagsbeschluss unter Leitung AfB und SPD-Landtagsfraktion.

Landesbericht für den AfB Bundesausschuss

Bitte gebt uns in Stichworten bis zum **14.11.2016** einen kurzen Überblick zu den folgenden Themenbereichen aus Eurem Land und sendet ihn an Volker Edeling (volker.edeling@spd.de). Alle Berichte werden den Bundesausschussmitgliedern vorab zugeschickt, damit sie sich einlesen und ggf. Fragen vorbereiten können. Bitte stellt beim Bundesausschuss nur Aktualisierungen vor und beantwortet die Nachfragen.

Datum: 23.11.16

Bundesland / Bezirk: Bremen

AfB Landesvorsitz (Name & Telefon): Norbert Rüppell / 0421 482556

Berichterstattung durch (Name & Telefon):

1. Aktuelle Themen, Arbeit und Entwicklungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk:

Oberstufenzuordnung für Oberschulen ohne eigene Oberstufe,
Ganztagsschulentwicklung - insbesondere verbindlicher Ganzttag

2. Veranstaltungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk (Berichte/Planungen):

-

Mitgliederversammlung mit der Senatorin

Themen: „Schulfrieden“ (Vereinbarung mit auch Opposition) geht zu Ende
Zusammenführung Bildung und Kinder im Ressort

3. Zusammenarbeit in der Bildungspolitik, z.B. mit Partei, Fraktionen, Ministerien etc. in Eurem Bundesland/Bezirk:

-

-im üblichen Rahmen

-

4. Aktuelle Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:

-

- Probleme der U3 und Kitaversorgung - fehlende Plätze und Systemdiskussion

Lehrerversorgung – notwendiges Personal schwer zu bekommen (insb. auch Bremerhaven)

5. Geplante Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:

-

Schulfrieden (überparteiliche Vereinbarung zu Bestand des Schulsystems muss 2018 erneuert werden)

-

6. Gibt es zurzeit bildungspolitische Problemstellungen in der öffentlichen Diskussion (z.B. Bürgerbegehren, Kampagnen anderer Parteien oder Organisationen etc.)?

-

- aktuell nichts von größerer Bedeutung

-

Landesbericht Hamburg 2016

Bundesland: Hamburg

AfB Landesvorsitz (Name & Telefon): Lars Holster, 01724543549

Berichterstattung durch:

1. Aktuelle Themen, Arbeit und Entwicklungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Umsetzung des Kompromisses der Volksinitiative „Guter Ganztag“
 - Reform der Lehramtsausbildung
 - Stärkung der Stadtteilschulen
 - Besoldung von Grundschulleitungen
 - Digitale Bildung
 - Flüchtlingsbeschulung
2. Veranstaltungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk (Berichte/Planungen):
 - Bildung geflüchteter Schülerinnen und Schüler vom 30.03.2016
 - Offene Vorstandssitzung zu aktuellen Themen mit Senator Ties Rabe vom 19.09.2016
 - Mitgliederversammlung zum Thema Lehramtsausbildung im Januar 2017
3. Zusammenarbeit in der Bildungspolitik, z.B. mit Partei, Fraktionen, Ministerien etc. in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Arbeitskreis der Bürgerschaftsfraktion
 - Wissenschaftsforum e.V.
4. Aktuelle bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland / Bezirk:
 - Reform der Lehramtsausbildung
 - Schulbau
5. Geplante bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland:
6. Gibt es zurzeit bildungspolitische Problemstellungen in der öffentlichen Diskussion (z.B. Bürgerbegehren, Kampagnen anderer Parteien oder Organisationen etc.)?
 - Bündnis für schulische Inklusion

- Volksinitiative „Guter Ganzttag“

7. Wie ist die Situation für Flüchtlinge im Bildungsbereich?

- Die Schulpflicht wird konsequent umgesetzt
- SuS aus den Erstaufnahmen werden ins Regelsystem überführt
- Insgesamt hat sich die Lage entspannt

Landesbericht für den AfB Bundesausschuss

Bitte gebt uns in Stichworten bis zum **14.11.2016** einen kurzen Überblick zu den folgenden Themenbereichen aus Eurem Land und sendet ihn an Volker Edeling (volker.edeling@spd.de). Alle Berichte werden den Bundesausschussmitgliedern vorab zugeschickt, damit sie sich einlesen und ggf. Fragen vorbereiten können. Bitte stellt beim Bundesausschuss nur Aktualisierungen vor und beantwortet die Nachfragen.

Datum: 12.11.2016

Bundesland / Bezirk: Hessen-Nord

AfB Landesvorsitz (Name & Telefon): Dr. Hartmut Quehl, 05662 - 6629

Berichterstattung durch (Name & Telefon): Dr. Hartmut Quehl, 05662 - 6629

1. Aktuelle Themen, Arbeit und Entwicklungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk:

- Schwerpunktthemen, die in separaten Arbeitsgemeinschaften auf Bezirksebene bearbeitet werden: „AG Lehrerbildung“ (gemeinsam mit dem Bezirk Hessen-Süd) und „AG Seiteneinsteiger nicht-deutscher Herkunftssprache“
- Langzeitthema: „Schule der Zukunft – Haus der Bildung in Hessen“

2. Veranstaltungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk (Berichte/Planungen):

- gemeinsame Treffen der Bezirksvorstände Hessen-Nord und Hessen-Süd am 6.7.2016 und Klausurtagung am 5.11.2016
- Veranstaltungen mit externen Referenten (mitgliederoffen): „DaZ in der Lehrerbildung“ mit dem Fachgebiet DaF/DaZ der Universität Kassel
- Themen-Workshop „AG Lehrerbildung“ gemeinsam mit externen Fachleuten

3. Zusammenarbeit in der Bildungspolitik, z.B. mit Partei, Fraktionen, Ministerien etc. in Eurem Bundesland/Bezirk:

- seit März 2015: Zusammenarbeit der AG Seiteneinsteiger mit der Landtagsfraktion zum Programm der schwarz-grünen Hess. Landesregierung „Integration und Abschluss (InteA)“

- erste gemeinsame Veranstaltung der nordhessischen AG's: AGS, AfB, AfA und AG 60+ zum Thema „Arbeit 4.0 und Globale Soziale Marktwirtschaft“

4. Aktuelle Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:

- Vorbereitung des Landtagswahlkampfes in Hessen 2018 mit dem Schwerpunktthema Bildung
- Dauerthema Inklusion

5. Geplante Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:

- Einstieg in das Thema „Bildungsgerechtigkeit“ in der Planung 1. Halbjahr 2017
- Entwurf eines Konzeptes zur Beschulung von Seiteneinsteigern nicht-deutscher Herkunftssprache in der „AG Seiteneinsteiger“
- Abschluss der Konzepterarbeitung Lehrerbildung in der „AG dung“ gemeinsam mit Hessen-Süd
- Fortführen der gemeinsamen Klausurtagungen der beiden Bezirksvorstände Hessen-Nord und Hessen-Süd, nächstes Thema voraus. „Masterplan Inklusion“
- Weiterführen der gemeinsamen Veranstaltungen der nordhessischen AG's zum Thema „Arbeit 4.0 und Globale Soziale Marktwirtschaft“ ---- Ziel: Erarbeiten eines Positionspapiers und Öffentliche Veranstaltungen

6. Gibt es zurzeit bildungspolitische Problemstellungen in der öffentlichen Diskussion (z.B. Bürgerbegehren, Kampagnen anderer Parteien oder Organisationen etc.)?

Landesbericht für den AfB Bundesausschuss

Bitte gebt uns in Stichworten bis zum **14.11.2016** einen kurzen Überblick zu den folgenden Themenbereichen aus Eurem Land und sendet ihn an Volker Edeling (volker.edeling@spd.de). Alle Berichte werden den Bundesausschussmitgliedern vorab zugeschickt, damit sie sich einlesen und ggf. Fragen vorbereiten können. Bitte stellt beim Bundesausschuss nur Aktualisierungen vor und beantwortet die Nachfragen.

Datum: 23.11.2016

Bundesland / Bezirk: Hessen-Süd

AfB Bezirksvorsitz (Name & Telefon): Christoph Degen, MdL (06181 5070097)

Berichterstattung durch (Name & Telefon): siehe oben.

1. Aktuelle Themen, Arbeit und Entwicklungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Schulgesetznovellierung der Regierungsfractionen (CDU/Grüne)
 - Beschulung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern
 - Lehrermangel (77 Stellen Förderschullehramt nicht besetzt, 16 Prozent ohne zweites Staatsexamen dieses Lehramts, zunehmend auch an Grundschulen, für Deutsch als Zweit/Fremdsprache sowie zum Teil im Beruflichen Bereich)
 - Reform der Lehrerbildung in gemeinsamer AG mit Hessen-Nord
 - neuer Lehrplan Sexualerziehung mit Betonung der Vielfalt unterschiedlicher Lebensweisen

2. Veranstaltungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk (Berichte/Planungen):
 - Regelmäßige offene Vorstandssitzung als bezirksweite Kontakt- und Austauschstelle für an Bildung Interessierte

3. Zusammenarbeit in der Bildungspolitik, z.B. mit Partei, Fraktionen, Ministerien etc. in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Enge Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion

4. Aktuelle Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:
 1. individuelle Förderung und gemeinsames Lernen
 2. Integration/Beschulung der Flüchtlinge
 3. Verschiedene Modelle der ganztägigen Beschulung
 4. Schulsozialarbeit
 5. Inklusive Beschulung
 6. Akzeptanz von Vielfalt
 7. Lehrermangel
 8. Lehrerausbildung
 9. Arbeitsbedingungen von Lehrkräften
 10. Berufsorientierung, Verbraucher- und Medienbildung, politische Bildung
 11. Berufliche Bildung stärken
 12. Schulen modernisieren, sanieren, moderne Infrastruktur schaffen
 13. Lehr- und Lernmittelfreiheit sichern
 14. Werbung und Lobbyismus an Schulen aufdecken/verhindern
 15. Bund-Länder-Zusammenarbeit statt Kooperationsverbot

5. Geplante Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Siehe Anlage: 12-Punkte-Papier des Landesparteitags vom 19.11.16, das unter Beteiligung der AfB formuliert wurde.

6. Gibt es zurzeit bildungspolitische Problemstellungen in der öffentlichen Diskussion (z.B. Bürgerbegehren, Kampagnen anderer Parteien oder Organisationen etc.)?
 - Am 30.10.16 fand in Wiesbaden eine „Demo für alle“ gegen den neuen Lehrplan Sexualerziehung statt, ebenso eine Gegendemo des Bündnis für Vielfalt

Landesbericht Niedersachsen

für AfB BA November 2016

Niedersachsen

AfB Landesvorsitz (Name & Telefon): Elke Tonne-Jork, 0171 2022168

Im Februar dieses Jahres hatten wir unsere Landeskonferenz mit Neuwahlen. Auf einer Klausur im April haben wir Themen und Schwerpunkte für die Arbeit der kommenden zwei Jahre festgelegt.

Da unsere Landtagsfraktion gemeinsam mit der Kultusministerin beschlossen hat, in dieser Legislaturperiode die Themen „Lehrerbildung“ und „Kita-G“ nicht zu behandeln, haben wir entschieden, dort trotzdem weiter tätig zu sein, wenn auch mit vermindertem Einsatz. Zur Lehrerbildung werden wir in Anlehnung an unsere Veranstaltung ein Positionspapier erstellen und unsere Forderungen weiter im Vorstand mit Externen diskutieren. Ähnlich werden wir mit dem „Kita-G“ verfahren. Zusätzlich wird es zu diesem Thema Gesprächsrunden mit zuständigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Einrichtungen geben.

Unsere beiden „großen“ Themen werden die Arbeit in den berufsbildenden Schulen und nach wie vor die Inklusion sein. In beiden Bereichen sind Arbeitskreise eingesetzt, die neben der inhaltlichen Auseinandersetzung auch für die Planung von Gesprächsrunden und Veranstaltungen zuständig sind.

Das Flüchtlingsthema hat zurzeit Einfluss auf alle Bereiche und wird entsprechend berücksichtigt und behandelt.

Ein großes Problem für uns in Niedersachsen besteht darin, dass wir von der Landesebene aus nicht alle unsere Unterbezirke erreichen. Da es in Niedersachsen noch vier Bezirke gibt, müssen diese verstärkt in die Arbeit eingebunden werden. Unsere Aufgabe als Landesvorstand wird sein, hier Lösungsvorschläge zu erarbeiten und Ideen zu entwickeln, wie wir die Bildungsthemen in alle Unterbezirke transportieren können.

Am 11. September 2016 fanden in Niedersachsen die Kommunalwahlen statt. Alle AfB Mitglieder waren natürlich in die Wahlkämpfe eingebunden und vor Ort tätig.

Im Januar 2018 wird in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt. Wir arbeiten schon an dem Wahlprogramm und bemühen uns, möglichst viele AfB Positionen unterzubringen.

Gemeinsam mit der Kultusministerin hat der AK KitaG getagt. In diesem Arbeitskreis sind die meisten Mitglieder Externe (Kitaleitungen, Mitarbeiter/innen, Elternvertretungen,...), die ihre Wünsche und Vorstellungen an ein neues Kita- Gesetz klar und deutlich formulierten.

Am 07. 11. 2016 findet in Hannover eine Jugendkonferenz statt. Der AK Inklusion hat sie vorbereitet und wird sie durchführen.

Landesbericht für den AfB Bundesausschuss

Bitte gebt uns in Stichworten bis zum **14.11.2016** einen kurzen Überblick zu den folgenden Themenbereichen aus Eurem Land und sendet ihn an Volker Edeling (volker.edeling@spd.de). Alle Berichte werden den Bundesausschussmitgliedern vorab zugeschickt, damit sie sich einlesen und ggf. Fragen vorbereiten können. Bitte stellt beim Bundesausschuss nur Aktualisierungen vor und beantwortet die Nachfragen.

Datum: 22.11.16

Bundesland / Bezirk: Nordniedersachsen

AfB Landesvorsitz (Name & Telefon): Elke Tonne-Jork, Bezirksvorsitz: Jutta Liebetruh

Berichterstattung durch (Name & Telefon): Cornelia Baden, 0173/6615 368

1. Aktuelle Themen, Arbeit und Entwicklungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - kommunalpolitische Positionen der SPD in den Kommunen Nordniedersachsen zur frühkindlichen Bildung
 - UV an den allgemeinbildenden Schulen im Bezirk/ Lehrer*innenmangel
 - Inklusion in allg.bild. Schulen

2. Veranstaltungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk (Berichte/Planungen):
 - Änderung KitaG- Bedeutung für Kommunen Nordniedersachsens (in Planung- Feb. 2017)
 - Inklusion: Einsatz mobiler Dienste und Schulbegleitungen
 -

3. Zusammenarbeit in der Bildungspolitik, z.B. mit Partei, Fraktionen, Ministerien etc. in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Vertretung in AfB Land
 -
 -

4. Aktuelle Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Inklusion
 - UV und Lehrermangel
 - Gründung IGS`n

5. Geplante Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - digitale Bildung
 - Arbeit 4.0 und die Bedeutung
 - KitaG

6. Gibt es zurzeit bildungspolitische Problemstellungen in der öffentlichen Diskussion (z.B. Bürgerbegehren, Kampagnen anderer Parteien oder Organisationen etc.)?
 - Kita-Gebühren: besonders wird es in ländlichen Regionen zum Problem.
 - Arbeitszeit/ Belastungen von Lehrkräften
 -

Landesbericht für den AfB Bundesausschuss

Bitte gebt uns in Stichworten bis zum **14.11.2016** einen kurzen Überblick zu den folgenden Themenbereichen aus Eurem Land und sendet ihn an Volker Edeling (volker.edeling@spd.de). Alle Berichte werden den Bundesausschussmitgliedern vorab zugeschickt, damit sie sich einlesen und ggf. Fragen vorbereiten können. Bitte stellt beim Bundesausschuss nur Aktualisierungen vor und beantwortet die Nachfragen.

Datum: 15. November 2016

Bundesland / Bezirk: NRW

AfB Landesvorsitz (Name & Telefon): Marlies Stotz, 0170 584 5385

Berichterstattung durch (Name & Telefon):

1. Aktuelle Themen, Arbeit und Entwicklungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Schulzeit bis zum Abitur (G8/G9)
 - Inklusion
 - Bildung für Geflüchtete
 - Schulentwicklung

2. Veranstaltungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk (Berichte/Planungen):
 - Einführung eines flächendeckenden Sozialindex (2016)
 - Austausch mit Svenja Schulze (Ministerin für Innovation , Wissenschaft und Forschung NRW) zu folgenden Themen:
Hochschulentwicklungsplanung, Förderung v. Lehramtsstudiengängen für Sonderpädagogik und berufliches Schulwesen, Anzahl von Masterstudienplätzen, Abbrecherquote, Stärkung Basisstudiengänge anstelle von immer weiterer Spezialisierung, befristete Arbeitsverhältnisse

3. Zusammenarbeit in der Bildungspolitik, z.B. mit Partei, Fraktionen, Ministerien etc. in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - enge Zusammenarbeit mit der SPD-Landtagsfraktion
 - Mitwirkung an der Erarbeitung des Wahlprogrammes 2017

4. Aktuelle Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - G8/G9
 - Ganztagschule
 - Inklusion
 - Sicherung Schulsozialarbeit
 - Digitalisierung
 - Stärkung der Weiterbildung

5. Geplante Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:
 -
 -
 -

6. Gibt es zurzeit bildungspolitische Problemstellungen in der öffentlichen Diskussion (z.B. Bürgerbegehren, Kampagnen anderer Parteien oder Organisationen etc.)?
 - Lehrerversorgung
 - Integration in Bildung und Ausbildung v. Geflüchteten
 - Schulraum infolge des Zuwanderung

Landesbericht für den AfB Bundesausschuss

Datum: **06. November 2016**
Bundesland / Bezirk: **Rheinland-Pfalz**
AfB Landesvorsitz (Name & Telefon): **Christian Goldschmitt,**
Tel.: 0177-2761348
Berichterstattung durch (Name & Telefon): **s.o.**

1. Aktuelle Themen, Arbeit und Entwicklungen der AfB in Eurem Bundesland:
 - Digitale Bildung
 - Frühkindliche Bildung
 - Beschulung von Flüchtlingen
 - Kleine Grundschulen
 - Inklusion
 - Zentrale Komponenten im Abitur
2. Veranstaltungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk (Berichte/Planungen):
 - Gemeinsam mit der Fraktion sind zwei Veranstaltung in Planung.
 - Thema 1: Moderne Bildung
 - Thema 2: Das neue Kita-Qualitätsgesetz
3. Zusammenarbeit in der Bildungspolitik, z.B. mit Partei, Fraktionen, Ministerien etc. in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Regelmäßige Gespräche mit der neuen Ministerin und dem Staatssekretär des Bildungsministeriums
 - Austausch mit der Fraktion
 - Angedachte Gespräche mit dem neuen Minister für Wissenschaft
4. Aktuelle Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Analog zu den Themen in 1.
5. Geplante Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Neue Dienstordnung für Lehrkräfte und Schulleitungen
 - Wechselprüfung
 - Kita-Qualitätskonzept
6. Gibt es zurzeit bildungspolitische Problemstellungen in der öffentlichen Diskussion (z.B. Bürgerbegehren, Kampagnen anderer Parteien oder Organisationen etc.)?
 - Fehlanzeige

Landesbericht für den AfB Bundesausschuss

Bitte gebt uns in Stichworten bis zum **14.11.2016** einen kurzen Überblick zu den folgenden Themenbereichen aus Eurem Land und sendet ihn an Volker Edeling (volker.edeling@spd.de). Alle Berichte werden den Bundesausschussmitgliedern vorab zugeschickt, damit sie sich einlesen und ggf. Fragen vorbereiten können. Bitte stellt beim Bundesausschuss nur Aktualisierungen vor und beantwortet die Nachfragen.

Datum: 14.11.2016

Bundesland: Saarland

AfB Landesvorsitz (Name & Telefon): Cemil Kirbayir, 01763 888 00 66

Berichterstattung durch (Name & Telefon): Edgar Müller, 0171 524 1009

1. Aktuelle Themen, Arbeit und Entwicklungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Reform der GOS
 - Reform des Übergangssystems (BVJ, BGJ, BFS, ...)
2. Veranstaltungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk (Berichte/Planungen):
 - Vorbereitungen auf die LTW im Jahr 2017
3. Zusammenarbeit in der Bildungspolitik, z.B. mit Partei, Fraktionen, Ministerien etc. in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - GOS
 - Übergangssystem
4. Aktuelle Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Siehe 1)
5. Geplante Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Beitragsfreie Bildung von Anfang an
 - Rechtsanspruch auf Ganztagsunterricht
6. Gibt es zurzeit bildungspolitische Problemstellungen in der öffentlichen Diskussion (z.B. Bürgerbegehren, Kampagnen anderer Parteien oder Organisationen etc.)?
 - Elterninitiative „G9-jetzt“

Landesbericht für den AfB Bundesausschuss

Datum: 13.11.2016

Bundesland / Bezirk: **Sachsen-Anhalt**

AfB Landesvorsitz: Rainer Günther 0157-51238765 0345-514-1917

Berichterstattung durch: Rainer Günther 0157-51238765 0345-514-1917

1. Aktuelle Themen, Arbeit und Entwicklungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - Sicherung der arbeitsfähiger Strukturen der AfB
 - Gewinnung von Mitgliedern
 - das Abgeben des Kultusministerium ist für viele Mitgliedern und der AfB Nahstehende nicht nachvollziehbar, daher kaum Interesse an weiterer Mitwirkung
2. Veranstaltungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk (Berichte/Planungen):
 - Geplante Landeskonzferenz am 14. Januar 2017 in der AWO Bernburg mit
 - inhaltlicher und personeller Neuorientierung und Wahlen
 - Grundsatzorientierung – Sicherung der im Koalitionsvertrages vereinbarten Inhalte und Kenngrößen
3. Zusammenarbeit in der Bildungspolitik, z.B. mit Partei, Fraktionen, Ministerien etc. in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - derzeit geringe Verzahnung
 - z. T. divergierende Erwartungshaltung in Bezug auf die politische Arbeit und inhaltliche
4. Aktuelle Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:
 - keine ausreichende Unterrichtsversorgung an den Schulen im Land
 - Personalgewinnung von Lehrkräften und pädagogischen MitarbeiterInnen
 - Sicherung von Genehmigungsverfahren Ganztagschulen und Gemeinschaftsschulen
 - Innerhalb der Landes-SPD derzeit nicht spürbar (andere Themen wie undurchsichtige Vertragsgestaltungen des ehem. Finanzminis-

- ters/Staatssekretär und weitere Untersuchungen gegen ehemals SPD geführte Ministerien, Erfolge der AfD überlagern jegliche Aktivitäten)
- desolante Bildungspolitik mit gravierenden Folgen im Bildungsbereich
 - Unfähigkeit der neuen Hausleitung (CDU) entsprechend zu agieren
 - Verlagerung der „Schuldfrage“ auf den Direktor des Landesschulamtes (letztes in Verantwortung stehendes SPD-Mitglied)

5. Geplante Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:

- Unterrichtsversorgung 2016/17 – fachgerecht erteilter Unterricht
- Sicherung des Personalbestandes an Schulen kurzfristig
- Qualität – gute Schule kann man nicht beschließen, daran muss man jeden Tag arbeiten – Qualitätsfeststellung
- Politische Bildung - Rechtsextremismus
- Modernisierung der Lehramtsausbildung

6. Gibt es zurzeit bildungspolitische Problemstellungen in der öffentlichen Diskussion (z.B. Bürgerbegehren, Kampagnen anderer Parteien oder Organisationen etc.)?

- Situation der Sprachlehrer (im Zuge der Kinder mit Migrationshintergrund eingestellt), befristete Verträge laufen zum 31.12.2016 aus, keine Ersatz für Sprachschulung und Betreuung vorgesehen
- Sicherung der Unterrichtsversorgung und Senkung des Ausfalls von Unterrichtsstunden
- Mindestgrößen für Schulen

Rainer Günther
(LaVo AfB ST)

Landesbericht für den AfB Bundesausschuss

Datum: 20.11.2016

Bundesland / Bezirk: **Sachsen**

AfB Landesvorsitz (Name & Telefon): Siegfried Kost

Berichterstattung durch (Name & Telefon): Siegfried Kost

1. Aktuelle Themen, Arbeit und Entwicklungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk:

- Lehrerversorgung:
- Novellierung Schulgesetz (SächsSchulG)
- Bildungsempfehlung

2. Veranstaltungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk (Berichte/Planungen):

- Expertenrunde zum Referentenentwurf SächsSchulG (07. April)

3. Zusammenarbeit in der Bildungspolitik, z.B. mit Partei, Fraktionen, Ministerien etc. in Eurem Bundesland/Bezirk:

- Anträge zu Parteitag (22. bis 23. Oktober 2016) – alle angenommen:
 - Lehrerversorgung: „Lehrerversorgung in Sachsen: Qualität trotz Not“ (*Anlage 1: Antrag*)
 - Änderungsantrag Leitantrag „Starke demokratische Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat in Sachsen“ (mit Jusos):

„Ein starker und bürgerschaftlicher Staat nimmt seine Verantwortung für die Schulen und damit die Bildung der heranwachsenden Generationen in einer Form wahr, die dem demokratischen Charakter unserer Gesellschaft entspricht: Er setzt klare Standards und Bildungsziele, sichert die materiellen und personellen Ressourcen sowie die Unterstützung der Schulen und übergibt die Verantwortung für die Gestaltung der Bildungsprozesse an die Schulen. Zugleich sichert er, dass diese Verantwortung vor Ort demokratisch sowohl innerhalb der Schule als auch im kommunalen Gemeinwesen wahrgenommen wird. Ein starker Staat in einer demokratischen Bürgergesellschaft entlässt die Schulen aus dem Status einer Verwaltungsbehörde und sichert damit, dass vor Ort auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen eingegangen werden kann. Er sichert so auch das Fundament der demokratischen Bürgergesellschaft, denn Teilhabe lässt sich an Schulen nur durch tatsächliche Teilhabe sowohl als Wert als auch als Kompetenz entwickeln.“
 - Initiativantrag Bildungsempfehlung
„Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird aufgefordert, den Beschluss des Verwaltungsgerichts Dresden vom 08.09.2016 zu nutzen, um bei der Novellierung

des Sächsischen Schulgesetzes den Elternwillen hinsichtlich der Wahl des Bildungsweges nach Klasse 4 sowie parallel die Beratung durch die Schulen zu stärken und damit die Bildungsempfehlung wie in anderen Bundesländern vom Status einer faktischen Zugangsberechtigung zum Gymnasium in den Status einer "Empfehlung" zu wandeln."

4. Aktuelle Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk

- Lehrerversorgung: Maßnahmenpaket SR (Anlagen 2 und 3: Schreiben Kultusministerin und Schreiben bildungspolitische Sprecherin)
- Novellierung Schulgesetz (Anlage 4: Schreiben bildungspolitische Sprecherin)
- OVG-Urteil zur Bildungsempfehlung (Anlage 5 und 6: Medieninformation und Beschluss)
- Verfassungsbeschwerde: fehlender Schulgeldausgleich für freie Träger, die ein solches nicht erheben wollen

5. Geplante Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/Bezirk:

- Fachtagung zur Digitalisierung in 2017: Digitale Revolution und Bildung: Es soll hier mehr um die absehbaren/notwendigen/möglichen qualitativen Veränderungen vorrangig der Schulen/des Bildungsauftrages gehen, welche durch die begonnene digitale Revolution (in Analogie zur industriellen Revolution) absehbar/ahnbar sind, also nicht um die neuen technischen Möglichkeiten.

6. Gibt es zurzeit bildungspolitische Problemstellungen in der öffentlichen Diskussion (z.B. Bürgerbegehren, Kampagnen anderer Parteien oder Organisationen etc.)?

nein

AfB Landesvorsitz (Name & Telefon): Dirk Diedrich, 0170-73070507

1. Aktuelle Themen, Arbeit und Entwicklungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk:

- Lehr- und Lernmittelfreiheit / Bildungsgerechtigkeit „Wie teuer ist Schule für Eltern?“ Dazu aktuelle Studie des Ministeriums im Mittel 1000€/a
- Vorbereitung Landtagswahlprogramm (Wahl im Mai 2017)
- Gerechtigkeitspapier SPD SH – Umsetzung des Bildungsteiles, zahlreiche erfolgreiche Änderungsanträge
- Weiterentwicklung Inklusion: Ein Ergebnis des fünfmal stattgefundenen "AfB Gesprächskreises Inklusive Bildung" ist der Vorschlag, in SH ein Projekt "inklusive Landschaften" aufzulegen, das die Schulen in die kommunalen und regionalen Strukturen einbindet. Damit kann es gelingen, einen gemeinsamen, breiten und transparenten Prozess der Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems in Gang zu setzen bzw. weiterzuentwickeln.
 - GemS ohne OS als Restschule?
 - Übergang in die Oberstufen, Gleichwertigkeit von GemS mit und ohne eigene OS
 - Eine Schule für alle
 - Berufliche Schulen und Gemeinschaftsschulen als besondere Aufstiegsschance für Nichtakademikerkinder
 - Gründung und Arbeitsauftrag des AK "Chancengleiche Schule von morgen"
 - Ganztagskitas und -schulen gut gestalten

2. Veranstaltungen der AfB in Eurem Bundesland/Bezirk (Berichte/Planungen):

- Im Januar 2016 fand die Landeskonferenz der AfB SH zum Thema „Zukunft der Beruflichen Bildung in SH“. Der Vorstand wurde neu gewählt.
- AfB SH Veranstaltung zum Bildungsteil des Gerechtigkeitspapiers mit Serpil Midyatli (MdL)
- Kita Fachtag in Planung
- „Mädchen können doch kein Mathe“-Projekt Geschlecht und Bildung
- Veranstaltung Bildungskosten (mit externen Referenten, Kooperation FES) in Planung
- Veranstaltung Digitales Lernen, Gründung eines Arbeitskreises

Initiiert durch Ulf Daude startete der AK Digitales Lernen im April 2016 mit seiner ersten Sitzung. Unser Etappenziel war es im Hinblick auf das Wahlprogramm Informationen wichtiger an Medienbildung Beteiligter Personen und somit Gruppierungen einzuholen, um für uns Schlüsse zu ziehen, wo der Prozess zur Digitalen Schule klemmt und wie er beschleunigt werden kann.

Bis Mitte Juni fanden sechs informelle Gesprächsrunden mit VertreterInnen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik statt. Zusätzlich haben wir an Input-Veranstaltungen wie Mediagipfel, Medienkompetenztag, Digitales Netzwerktreffen, Winter School, Sachstand zum Modellschul-Projekt sowie einer Landtagsfraktionsveranstaltung zum Thema neben Bildungsausschuss- und Plenarsitzungen teilgenommen. Ich möchte hier keine Details beschreiben, aber ein Grund um in Jubel aus zu brechen, waren diese gewonnenen Erkenntnisse nicht. Der Entwurf des Wahlprogrammes bezüglich Digitaler Bildung ist unseres Erachtens minimalistisch, aber man hat den Fuß in der Tür. Änderungsanträge können bis Anfang November gestellt werden.

Die Schule der Zukunft ist digital und mit einer Landesstrategie ginge es schneller. Gemeinsam mit dem AK Digitale Gesellschaft wird die AfB/ AK Digitales Lernen eine Veranstaltung organisieren, die ursprünglich in Richtung OER auf den Weg gehen sollte, nun wird aber auch der Digitalpakt des Bundes oder gesellschaftliche "Aufklärung" ein Thema sein. Regional ziehen Veranstaltungen nach, die sich an konkreten informativen Fragestellungen orientieren. Die Angebote und Maßnahmen im Land sind noch lange nicht in jedem Kreis angekommen.

Digitale Lehrmittelfreiheit, digitale Ausbildungsreife, digitale Lehrerbildung das sind zurzeit häufig benutzte Begriffe.

- Aktive Mitgestaltung am Regierungsprogramm dazu diverse Treffen
- Kommunale Bildungskonferenz (abgesagt, wegen terminlicher Enge der LTF)
- Vorbereitung der Landeskonferenz 2017 Nachwahlen zum Vorstand

3. Zusammenarbeit in der Bildungspolitik, z.B. mit Partei, Fraktionen, Ministerien etc. in Eurem Bundesland/Bezirk:

- Treffen mit Ministerinnen regelmäßig 2x im Jahr und nach Bedarf
- Treffen mit Staatssekretären regelmäßig 1x im Quartal und nach Bedarf
- Sitz im AK Bildung der SPD Landtagsfraktion
- Gute Zusammenarbeit mit SPD Landesvorstand, SPD Kreisverbänden und SPD Ortsvereinen (Themen, Projekte, Beratung, Austausch, Veranstaltungen)
- regelmäßige Treffen mit Gewerkschaften
- Einladung von bildungspolitisch aktiven Gruppen (SV, Elternbeiräte, GGG, kulturelle Bildungsträger etc.) in AfB Landesvorstand sowie Gegeneinladungen
- AfB Verbände in 11 von 15 Landkreisen, in den übrigen Aktivitäten zur Gründung
- regelmäßige Teilnahme an den AfB Nordkonferenzen

4. Aktuelle Bildungspolitische Themen und Entwicklungen in Eurem Bundesland/ Bezirk:

- Weiterentwicklung Inklusion: Schullistenzen in allen Grundschulen/ Schulbegleitung der Sozial- und Jugendhilfe – Kooperation und Abgrenzung der Aufgaben; Inklusion bei Kindern und Jugendlichen mit Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung; Barrierefreiheit; Einbeziehung von Betroffenen und ihrer Verbände in die Entscheidungsprozesse
- Berufliche Bildung /Übergangssystem/Lehrkräftebesoldung
- Übergang Schule / Beruf
- Weiterentwicklung Jugendberufsagenturen
- Kooperation mit Wirtschaft zur Lehrkräftebildung
- Lernen mit digitalen Medien
- Schaffung eines Netzwerkes von Schulen

- Auf dem Weg zur kostenfreien Kita: Einstieg mit €100,- pro Monat / Kind beschlossen. Beginn 1.1.2017, soll schrittweise ausgebaut werden
- Steigerung der Unterrichtsversorgung auf 100% zzgl. Reserve (allgemeinbildende Schulen bis 2019 BBS bis 2021)
- Qualitätsentwicklung an Schulen
- Schulfeedback (Schul TÜV)
- Bildungsberichterstattung (soll in diesem Jahr das erste Mal erscheinen)

5. Gibt es zurzeit bildungspolitische Problemstellungen in der öffentlichen Diskussion (z.B. Bürgerbegehren, Kampagnen anderer Parteien oder Organisationen etc.)?

- angebliche Benachteiligung der Gymnasien und Gymnasiallehrkräften (Philologen)
- Wahlfreiheit Noten- oder Kompetenzraster-Zeugnisse in Grundschule: Kampagne FDP gescheitert
- A13 für alle Grundschullehrkräfte, nicht nur für GHS-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen (GEW), Politik setzt auf bundesweite Initiative.
- Der Wahlkampf beginnt! Schweinefleischpflicht an Kitas und Deutsche Gestik sind die Antworten der CDU

6. Welche Maßnahmen gibt es im Bildungsbereich für Flüchtlinge?

- In Schulen aller allgemein bildenden Schularten sind flächendeckend DaZ-Zentren eingerichtet worden. Diese wurden mit zusätzlichen Lehrerstellen ausgestattet.
- Im Bereich der Berufsschule gibt es in Schleswig-Holstein eine Zusammenlegung des AVJ und der BEK Klassen zum AVSH, dadurch werden Schülerinnen und Schüler nicht nur zweimal die Woche beschult, sondern werden in Vollzeit unterrichtet.
- Für Geflüchtete wird vor der Aufnahme in eine AVSH Klasse ein Jahr DaZ in Vollzeit davor geschaltet.

8. Im Bereich Hochschulen

- Begleitung der HSG-Novelle, Besonders hier: Abschaffung der Präsenzplicht für Lehrveranstaltungen, erlaubt z.B. studierenden Eltern öfter als zweimal bei einer Veranstaltung zu fehlen, falls das Kind krank ist.
- Verfassung einer Stellungnahme zur Exzellenzinitiative
- Verfassen von Änderungsanträgen für das LTW-Programm, diese werden am 26.11.2016 am Landesparteitag eingebracht.